

»Macht den DGB stark«

Die Neugründung der Gewerkschaften in Hessen vor 70 Jahren

von | Frank Deppe



1. Mai 1952: Demonstration zum Börsenplatz in Frankfurt am Main (Foto: AdSD/Friedrich-Ebert-Stiftung)

Gewerkschaften haben als kollektive Interessenvertretung der lohnabhängig arbeitenden Menschen in einer auf Privateigentum und Profiterzielung ausgerichteten kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowohl Schutz- als auch Gestaltungsfunktionen. Sie müssen stark sein, um die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, um Lohnarbeit vor der Willkür der Ausbeutung im Betrieb, vor sozialem Abstieg und Armut, vor den Risiken von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit zu schützen.

Ausgestattet mit dem Grundrecht der Koalitionsfreiheit, die das Streikrecht einschließt, sind sie gesellschaftliche Stützen einer demokratischen Ordnung – eine Funktion von eminenter Bedeutung in Zeiten, in denen der fragile Zusammenhang von

Kapitalismus und Demokratie auseinanderbricht. Sie setzen ihre Organisationsmacht und kommunikativen Ressourcen ein, um Einfluss auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Bildungs- und Umweltpolitik zu gewinnen. Dabei wird immer wieder bewusst, wie eng die Grenzen einer machtpolitisch wie institutionell amputierten Wirtschaftsdemokratie sind – die Rechte der betrieblichen Interessenvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz und die Unternehmensmitbestimmung auf der Ebene der Aufsichtsräte und der Vorstände.

Neugründung und Neuordnung

Bei der Gründung der hessischen Gewerkschaften im Jahr 1946 ging es um eine doppelte Neugründung unter der Überschrift »Neuordnung«.¹ Neu gegründet wurden die Gewerkschaften nach der Befreiung vom Faschismus als *Einheitsgewerkschaften* – als Überwindung der Spaltung der politischen Strömungen in der Arbeiterbewegung, die vor 1933 oftmals mehr gegeneinander als gegen den gemeinsamen Feind gekämpft hatten. Gleichzeitig gründeten sie sich als *Industrieverbände* nach dem Prinzip »Ein Betrieb – eine Gewerkschaft«. Der DGB sollte die allgemeinen gesellschaftspolitischen Anliegen der Arbeitnehmer wahrnehmen und auch in der Fläche die kleineren Gewerkschaften unterstützen. Die Zuständigkeiten für Finanzen und Tarifpolitik liegen hingegen bei den Einzelgewerkschaften – damit blieb die Macht des DGB von vornherein begrenzt.

In den folgenden Jahrzehnten vollzogen sich durch Fusionen und Neugründungen gewaltige Veränderungen – die Zahl der Mitgliedsgewerkschaften des DGB ist von 16 auf acht zurückgegangen. Darunter befinden sich zwei große Multibranchengewerkschaften. Doch das Prinzip der *Einheitsgewerkschaft* hat sich bis in die Gegenwart als erfolgreich erwiesen, wenn auch viele Jüngere kaum noch wissen, was der Gewerkschafter, Sozialdemokrat und Antifaschist Wilhelm Leuschner ausdrücken wollte, als er im September 1944 vor seiner Hinrichtung durch die Nazis rief: »Schafft die Einheit!« Die alten Arbeiterparteien gibt es schon länger nicht mehr. Deshalb hat sich auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu den politischen Parteien verändert. Unterschiedliche parteipolitische und ideologische Orientierungen unter den Gewerkschaftsmitgliedern gibt es gleichwohl. In der Einheitsgewerkschaft haben diese Unterschiede in der Auseinandersetzung mit dem sozialen Gegner und mit den Gegnern der Demokratie zurückzustehen. Dabei muss der Einheitsgedanke immer wieder erneuert werden.

1946 stand die Neugründung der Gewerkschaften im Zeichen der *Neuordnung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat*. Die vorangegangenen Katastrophen – zwei Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise, der Faschismus – hatten die Bereitschaft erzeugt (so sagte es der spätere hessische Ministerpräsident Georg August Zinn noch als hessischer Justizminister bei der Gründungsversammlung in Enkheim), »an die Stelle des Gestern ein Heute, an die Stelle des Überwundenen eine neue soziale Wirtschaft zu setzen: Planwirtschaft, Sozialisierung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer«. Das war der programmatische Kern der Losung »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!«

Dieses Programm fand Eingang in die hessische Verfassung, die von SPD, CDU und KPD getragen wurde (ohne FDP). Besonders der Abschnitt III (Art. 27-47) über »soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten« enthielt viele gewerkschaftliche Forderungen der damaligen Zeit: Hessische Gewerkschafter – auch als Mitglieder des Landtages oder der Regierung – engagierten sich bei der Ausarbeitung von Gesetzen, z.B. zum Artikel 41 (Sozialisierung), vor allem aber zum Art. 37, nach dem die »Betriebsvertretungen dazu berufen (sind), im Benehmen mit den Gewerkschaften *gleichberechtigt* mit den Unternehmern in sozialen, personellen und *wirtschaftlichen* Fragen des Betriebes mitzubestimmen.« Dieses Gesetz wurde 1948 vom Land-

tag verabschiedet. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich insbesondere die hessischen Gewerkschaften nach der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 am Widerstand der DGB-Gewerkschaften gegen das Betriebsverfassungsgesetz des Jahres 1952 beteiligten. Dieses Gesetz – von der Mehrheit von CDU/CSU und FDP im Bundestag getragen – blieb weit hinter den in Hessen erkämpften Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte zurück. Mitte Mai versammelten sich 120.000 Menschen auf dem Frankfurter Börneplatz, um gegen den Entwurf des neuen Betriebsverfassungsgesetzes zu protestieren. Gleichzeitig wurden drei Tage lang bundesweit Zeitungen bestreikt, was eine heftige politische und vor allem juristische Auseinandersetzung um das Streikrecht bis hinauf zum Bundesarbeitsgericht auslöste.

Ich erwähne die Bedeutung der hessischen Verfassung für die Gewerkschaften auch deshalb, weil seit 2005 immer wieder Initiativen ergriffen werden, um durch einen Konvent die Verfassung »in ihrer Gesamtheit zu überarbeiten und Vorschläge für eine zukunftsfähige Gestaltung zu unterbreiten«. Es liegt auf der Hand, dass angesichts der politischen Kräfteverhältnisse im Landtag vor allem der oben erwähnte Abschnitt III (soziale Grundrechte) geändert werden soll. Die hessischen Gewerkschaften sollten sich dafür einsetzen, dass – so hat es einmal der ehemalige Kultus- und Justizminister Erwin Stein (CDU) formuliert – der »sozial-humanitäre« Kern dieser Ordnung erhalten bleibt, nach dem »den Staatsorganen« zugleich der »Verfassungsauftrag« erteilt wird, »eine unverkümmerte freie Existenz der Menschen in den konkreten ökonomischen und sozialen Situationen zu pflegen und zu fördern«.²

Das »rote Hessen«

Man wird die Geschichte des DGB-Hessen nicht verstehen ohne den von dem Historiker Gerhard Beier so bezeichneten »roten Modellstaat Hessen«, der bis in die 1970er Jahre hinein Bestand hatte. Zumindest die Konservativen haben sich in diesem »roten Hessen« nicht besonders wohl gefühlt. Das war zunächst einmal der langen Regierungszeit der SPD und ihres Ministerpräsidenten Georg August Zinn geschuldet – einer SPD, die vor allem über ihren Bezirk Hessen Süd im Spektrum der deutschen Sozialdemokratie deutlich links angesiedelt war. In der SPD und den Gewerkschaften wirkten nach 1945 Traditionen aus ver-

Frank Deppe ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Sein fünfbändiges Werk über »Politisches Denken im 20. Jahrhundert« ist im Herbst 2016 in einer Neuauflage im VSA: Verlag erschienen. Der Beitrag basiert auf dem (leicht gekürzten und geringfügig bearbeiteten) Festvortrag während der Jubiläumsfeier »70 Jahre DGB-Hessen« am 26.11.2016 in Frankfurt a.M.

¹ Wir haben in Marburg in den 1970er Jahren mehrere Forschungsarbeiten und Dissertationen zur Neugründung der Gewerkschaften nach 1945 ange-regt und betreut, darunter auch die Arbeit von Anne Weiss-Hartmann: *Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945-1949*, Marburg 1977.

² Es gibt ein Positionspapier des DGB-Hessen zur Verfassungsdebatte, das diesen Grundgedanken sehr gut zum Ausdruck bringt: »Die Prinzipien des Verbots des Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheit zu politischer Macht, dass die Wirtschaft des Landes dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs dienen soll, der gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer, die antifaschistischen Grundkategorien – dies alles will der DGB in einer künftigen hessischen Verfassung aufrecht erhalten sehen – das ist die Bedingung«.

schiedenen Strömungen der politischen Linken vor 1933 fort – viele dieser Antifaschisten hatten KZ, Zuchthaus und Emigration überlebt.³

Die soziale Basis dieses Modells bildeten Regionen und Industriestädte mit einer arbeiterbewegten Tradition. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich ein »roter Gürtel« um Frankfurt gelegt. Städte wie Offenbach, Hanau, Rüsselsheim verfügten über eine starke linke Arbeiterbewegung. In Hessen gab es ein Süd-Nord-Gefälle, das von der Regierung in Wiesbaden durch die »Hessenpläne« infrastrukturell klug ausbalanciert wurde, sodass auch im Norden selbst in den eher landwirtschaftlich geprägten Regionen stabile SPD-Mehrheiten entstanden.

Frankfurt selbst war traditionell die Stadt der Banken und des Handels mit einer liberalen Tradition, obwohl es auch im Stadtgebiet mehr Industrie gab als gemeinhin angenommen. Wichtige Betriebe der metallverarbeitenden Industrie (Adler, Ate Teves, VDO, Hartmann und Braun, T&N) und der Chemieindustrie (von Höchst bis Fechenheim) waren hier angesiedelt. In Frankfurt herrschte – vor allem in der Kultur – auch in den Hochzeiten des Kalten Krieges ein liberales, nach links hin offenes Klima.⁴ Ich erwähne nur einige der Institutionen und Personen, die dabei wichtig waren: der Hessische Rundfunk, die Städtischen Bühnen mit ihrem Generalintendanten Harry Buckwitz, der Brecht spielen ließ, die Frankfurter Rundschau, das Institut für Sozialforschung, die Akademie für Arbeit (AdA), die Europäische Verlagsanstalt (EVA), der Frankfurter SDS mit dem jungen Hans Matthöfer (IG Metall, SPD-MdB), das Kabarett »Die Schmiere« mit Rudolph Rohlfs und der Jazzkeller u.a. mit Albert und Emil Mangelsdorff, dazu politische Familien wie die Arndts und die Gingolds – Heiner Halberstadt mit dem Club Voltaire und Horst Trapp vom Ostermarsch sind heute noch aktiv. Als über Hessen hinaus bekannte Gewerkschafter sind zu nennen der DGB-Vorsitzende Willi Richter, Jochen Richert und heute Stefan Körzell als Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes, Armin Clauss als Sozialminister in Hessen – und schließlich der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow, der seine gewerkschaftliche Lehrzeit bei der HBV in Mittelhessen absolvierte.

Die 1970er Jahre bildeten ein Jahrzehnt heftiger politischer und gewerkschaftlicher Mobilisierung in der Folge der 68er Studierenden- und Jugendbewegung als auch der Reform- und Entspannungspolitik der von Willy Brandt geführten sozialliberalen Koalition seit 1969. In den Auseinandersetzungen um die Lohnpolitik, die Bildungs- und Hochschulreform, das Betriebsverfassungsgesetz nahmen die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften bis Anfang der 1980er Jahre deutlich zu. Aus der sehr aktiven Gewerkschaftsjugend kamen KollegenInnen, die einerseits die älteren Antifaschisten verehrten – z.B. den IG Metall-Bezirksleiter Will Bleicher in Stuttgart, den hessischen DGB-Landesvorsitzenden Philipp Pless (1967-72) und Wolfgang Abendroth, der seit 1972 an der AdA Vorlesungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hielt. Viele von ihnen engagierten sich in der kapitalismuskritischen politischen Bildungsarbeit der Gewerkschaften, die in diesen Jahren der »Bildungsreform« deutlich ausgeweitet wurde. Sie spielten in den Streikauseinandersetzungen dieser Jahre bis hin zum Kampf um die 35-Stunden-Woche eine wichtige Rolle. Die Bedeutung des DGB wurde in dieser Zeit auch darin deutlich, dass er in Hessen 1984 einen »Pakt



der Solidarität« der 16 Einzelgewerkschaften zur Unterstützung der Streiks von IG Metall und IG Druck und Papier organisierte, was angesichts der Meinungsverschiedenheiten in und zwischen einzelnen Gewerkschaften gar nicht so einfach war!

Allerdings vollzogen sich hinter der Fassade des politischen Tumultes in diesem Jahrzehnt, in dem sich Teile der »neuen sozialen Bewegungen« zur grünen Partei formierten, tiefgreifende Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, die die Gewerkschaften, die politische Arbeiterbewegung für die kommenden Jahrzehnte herausfordern sollten – und die das Ende des »roten Hessen« beschleunigten.

Im Zeitalter des Neoliberalismus

Der britische Sozialhistoriker Eric Hobsbawm spricht mit Blick auf das letzte Viertel des 20. Jahrhundert vom »Erdrutsch«, andere sprechen von der »Großen Transformation« in der Weltpolitik, in den Strukturen des Kapitalismus und in den gesellschaftlichen wie politischen Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit. Die Stichworte lauten: Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, Entindustrialisierung und Restrukturierung der Industrie, Globalisierung, Herrschaft des Finanzmarktkapitalismus. Regional bedeutete das: der »rote Gürtel« verlor erhebliche Teile seiner Industriearbeiterschaft, exemplarisch in Offenbach und Hanau. Die Stadt Frankfurt als Zentrum der Rhein-Main-Region entwickelte sich zu einer der bedeu-

tenden Metropolen im globalen Finanzmarktkapitalismus. Die Türme der Banken und die Expansion des Flughafens Rhein-Main (als größtem Betrieb Hessens) symbolisieren das.

Die Wahlergebnisse dokumentieren die sozialen Veränderungen in der Zusammensetzung und Lebensweise der Arbeitnehmerschaft. Walter Wallmann (CDU) wird 1977 Oberbürgermeister von Frankfurt und 1987 Ministerpräsident von Hessen. Für die Gewerkschaften – nicht nur in Hessen – brechen mit dem ideologischen und politischen Siegeszug des Neoliberalismus harte Zeiten an; Betriebsräte werden in der globalen Standortkonkurrenz zu Zugeständnissen gezwungen. Die Drohung mit Betriebsverlagerungen bzw. Betriebsschließungen und die Angst vor Arbeitslosigkeit erweisen sich als wirksame Waffen in den sozialen Auseinandersetzungen. Bei den gehobenen Dienstleistungen – z.B. im Bankensektor – bleiben die gewerkschaftlichen Organisationsgrade niedrig. In anderen Bereichen breiten sich prekäre Beschäftigungsverhältnisse vor allem für Frauen aus. Hier muss gewerkschaftliche Organisation, die Anwendung von Tarifverträgen und des Betriebsverfassungsgesetzes bis heute mühsam erkämpft werden.

Vor allem nach 1991 gehen die Mitgliederzahlen der Einzelgewerkschaften – damit auch ihre finanziellen Ressourcen – deutlich zurück. Die deutsche Einheit bringt neue Mitglieder, aber auch Kosten im Aufbau neuer Strukturen mit sich. Bis heute schwächt die hohe Arbeitslosigkeit im Osten die Gewerkschaften. Durch die »Organisationsreformen« seit 1989 ist der DGB nicht stärker geworden – der Personalabbau und die Beschränkung von Arbeitsfeldern mussten vielfach als Tragödie empfunden werden. Neue Konfliktfelder entstehen – z.B. um den Flughafen, um Kernkraftwerke, die auch in den Gewerkschaften zu Auseinandersetzungen führen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen – im kommunalen Bereich, vor allem aber bei der Post und im Gesundheitswesen – fordert die Gewerkschaften heraus. Die KollegInnen von der GEW, aber auch die Kommunalbediensteten bei ver.di und die KollegInnen der Polizeigewerkschaft stehen in einer beständigen Abwehrschlacht der durch Spar- und Austeritätspolitik in Szene gesetzten Ausdünnung der Beschäftigung, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der öffentlichen Dienstleistungen.

Die Spaltung zwischen oben und unten, zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut – so hatte es vor vielen Jahren der amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith formuliert – ist Feld sozialer und politischer Auseinandersetzungen, bei denen die Gewerkschaften gefragt sind. Das bedeutet keineswegs, dass die sogenannten Kernaufgaben – Lohnpolitik, Gestaltung der Arbeitsbedingungen, betriebliche Interessenvertretung – an Bedeutung verloren haben. Doch für die KollegInnen ist die Entwicklung der Renten nicht weniger wichtig als die der Löhne. Hinzu kommen Auseinandersetzungen um die Lebensqualität in den großen Städten, um Mieten, die für die Arbeitnehmer auch in den unteren Einkommensgruppen bezahlbar sind, um die Betreuung der Kinder, die Qualität der Schulen und der Gesundheitseinrichtungen. Schließlich gehört zur Lebensqualität auch der Zugang zu öffentlichen Kultureinrichtungen, die nicht den Gesetzen des Marktes und des Profits unterworfen, sondern für alle verfügbar sind. Gerade in diesen Bereichen hat der DGB wichtige Aufgaben wahrzunehmen.

Dabei steht er nicht allein. Die Kritik an den sozialen Spaltungen, am Zwang der Wettbewerbsorientierung und der Austeritätspolitik hat zugenommen – damit auch das Bedürfnis nach Solidarität. Auch ist das Bewusstsein gewachsen, dass die Spaltungen in der Gesellschaft den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit und Ausgleich dementieren und negative Auswirkungen auf die Demokratie haben, indem sie die politische Macht der Eliten festigen und den Aufschwung des Rechtspopulismus fördern. Der Neoliberalismus mündet aber nicht nur in eine neue Rechtsentwicklung, sondern schafft auch Gegenwehr. Mit Blick auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen und die Ergebnisse ihrer Politik ist seit geraumer Zeit auch von einem Comeback, von einer Revitalisierung der Gewerkschaften die Rede.

Neuordnung heute

Gegenwärtig erleben wir eine Welt in beschleunigtem Wandel – in vielen Regionen auch des kriegerischen, ökonomischen, sozialen und politischen Zerfalls. Der *Spiegel* schrieb nach den Präsidentenwahlen in den USA von einer »Welt am Wendepunkt«: »In den Industriestaaten wächst der Widerstand gegen Ungleichheit, chaotische Finanzmärkte und übermächtige Konzerne«. In der Titelstory heißt es: »Wer hätte sich 2006 vorstellen können, dass ein so merkwürdiger Milliardär wie Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten werden würde? Wer hätte geglaubt, dass die Briten die Europäische Union verlassen würden? Wer hätte es für möglich gehalten, dass in Deutschland eine rechtspopulistische Partei bei mehreren Wahlen zweistellige Ergebnisse erzielen könnte? Niemand!«

Seit der Krise von 2008 schlagen die Widersprüche der Globalisierung – Armut, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Spaltungen, Kriege und Bürgerkriege – in zunehmendem Maße auf die Metropolen zurück, wo sich viele abgehängt bzw. als Verlierer fühlen. Andere, denen es noch vergleichsweise gut geht, haben Abstiegängste. Nicht nur für die Gewerkschaften in Frankfurt ist die Zukunft der Banken und des Finanzsektors ein außerordentlich wichtiges Thema: Boom als Folge des Brexit oder Massenentlassungen und Zusammenbrüche als Folge einer unbewältigten alten und möglicherweise neuen Finanzkrise? Da die politische und gewerkschaftliche Linke relativ schwach ist und sich von Kapitalismuskritik entfernt hat, ist eine Lücke entstanden, in die der Rechtspopulismus mit Nationalismus und Ras-

³ An dieser Stelle muss ich eine persönliche Erinnerung einbringen. Ich hatte gerade mit dem Studium der Soziologie in Frankfurt begonnen (1961), da kam ich eher zufällig in die Gewerkschaftsbuchhandlung, die es damals noch im Gewerkschaftshaus in der Wilhelm-Leuschner-Straße gab. In einer etwas dunkleren Ecke fand ich schließlich eine Reihe von Büchern mit rotem »Plaste«-Umschlag, die aus dem Dietz-Verlag der DDR stammten. Ich kaufte von Georgi Plechanow »Grundprobleme des Marxismus«, ohne zu wissen, wer der Autor war – mich faszinierte eher ein Buch aus der DDR. Der Buchhändler, ein älterer, weißhaariger, hagerer Mann, wirkte auf mich etwas mürrisch, misstrauisch. Wenige Jahre später las ich in Marburg in der Dissertation von Karl Hermann Tjaden über die KPD-Opposition (im biografischen Anhang) den Eintrag über *Joseph Lang* (genannt Jola), geb. 1902 in Ungarn, seit 1922 Buchhändler, 1920 KAP, dann KPD (Rechtsopposition), 1928 KPO, 1932 SAP, Vorsitzender der Berliner Ortgruppe Schöneberg-Friedenau, 1933 Mitglied der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, nach Verhaftung 1934 Flucht nach Prag, Leiter der SAP-Landesgruppe, 1937 Paris, Mitglied der SAP-Auslandsleitung, nach Internierung 1941 Flucht nach New York, 1950 Rückkehr nach Deutschland, Leiter der Buchhandlung des Bundesverlages in Frankfurt am Main, Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes.

sismus breitflächig in Europa hineingestoßen ist. Das Neuordnungsprogramm der hessischen Gewerkschaften aus dem Jahr 1946 war auch eine Antwort auf die Krisen, Kriege und Katastrophen, die durch die Weltmarkt- und Machtkonkurrenz zwischen den kapitalistischen Staaten erzeugt wurden – unterstützt von nationalistischen und rassistischen, faschistischen Ideologien, die »das Volk« bereit machen sollten, sich auf den Schlachtfeldern der Kriege für die Interessen der Mächtigen zu opfern. Die hessische Verfassung war eine Antwort auf diese Katastrophe: eine demokratisch verfasste Staatsordnung, in der ein breiter öffentlicher Sektor in der Wirtschaft besteht, der Sozialstaat ausgebaut wird, Vollbeschäftigungspolitik verfolgt und Wirtschaftsdemokratie in den Betrieben und Unternehmen ausgebaut wird. Dazu bedarf es einer Steuerpolitik, die die Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums von oben nach unten herbeiführt.

Neuordnung kann heute nicht bedeuten, die alten Programme aus der Schublade zu holen. Man sollte sie kennen und noch einmal kritisch bilanzieren, aber im Kern geht es – auf der Höhe des heutigen Entwicklungsniveaus des Kapitalismus – darum, wie die Neuordnung des Verhältnisse von Markt und Staat, von Kapital und demokratischer Macht, von Finanzwirtschaft und »Realökonomie«, von Marktzwängen und politischer Gestaltungsmacht in der Perspektive sozialer Gerechtigkeit neu gefasst und gestaltet werden kann. Dazu liegen Vorschläge und Programme nicht zuletzt unter dem Begriff »Neue Wirtschaftsdemokratie« vor. Daran kann angeschlossen werden!

Die drängenden Fragen nach Neuordnung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse werden durch die Krisen wie auch durch den Aufstieg von nationalistischen und antidemokratischen Kräften (die in etlichen Staaten bereits die Regierungsgewalt ausüben) radikalisiert. Die Gewerkschaften haben sich ihnen zu stellen. Die gewerkschaftliche und politische Linke muss sich die Deutungsmacht in der sozialen Frage als Klassenfrage zurückerobern. Die Zukunftsfähigkeit des DGB hängt in hohem Maße davon ab, wie diese Herausforderungen bewältigt werden. Die Leitideen, an denen sich die Arbeiterbewegung im Kampf gegen reaktionäre Ideologen und Poli-

tik orientiert hat, gelten unverändert: Freiheit, Gleichheit und (zwischenmenschliche wie internationale) Solidarität. Den arbeitenden Menschen muss wieder ein Gefühl der Würde und Anerkennung, aber auch ihrer Macht vermittelt werden – soziale Gerechtigkeit muss als Ziel von Reformen neu bestimmt werden.

Ich möchte schließen mit einigen Sätzen von Michael Schumann über alte und neue soziologische Forschungen zum Arbeiterbewusstsein.⁵ Schumann ist einer der renommiertesten Industriosozologen in Deutschland – heute Senior Präsident des von ihm mitgegründeten Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) in Göttingen. Anfang der 1960er Jahre war er in Frankfurt Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), in jenen Jahren, in denen der SDS aus der SPD verstoßen wurde. Und in dieser Zeit hat er in der IG Metall zusammen mit Oskar Negt bei Hans Matthöfer und Heinz Dürrbeck an Bildungskonzepten, z.T. auch an Betriebsstrategien der IG Metall gearbeitet. Michael Schumann kritisiert eine heute auch in den Gewerkschaften praktizierte Politik des »realpolitischen Grau in Grau« ohne Systemperspektive. Die Arbeiterbewegung habe sich »von ihren eigenen Machtressourcen entkoppelt und mit ihrer auf Systemstabilisierung setzenden Reformpolitik Freiräume geschaffen für rechte Politik«. »Sie zahlt damit«, so Schumann, »für die Aufgabe ihrer großen Erzählung von einer alle Menschen als Gleiche einschließenden Gesellschaft, d.h. mit dem Verzicht ihrer Utopie eines von repressiven Zwängen befreiten humanen Lebens. Als politisch machbares System gilt der Sozialismus als gescheitert. Aber ohne die Idee einer für alle Menschen gestalteten humanen Welt, d.h. ohne Alternativkonzept, verliert jede linke Politik ihre Ausstrahlung und wirkt allzu leicht als nur noch kleinmütig.«

Daran anknüpfend schließe ich mit dem Wunsch, dass der erneuerte Ruf »Macht den DGB stark!« erhört werden möge!

⁴ Allerdings darf bei einer gründlichen Aufarbeitung dieser Jahre nicht vergessen werden, dass hessische Gewerkschafter, die der KPD angehörten, nach dem KPD-Verbot von 1956 inhaftiert und strafrechtlich verfolgt wurden. In der IG Bau, Steine, Erden wurden vom Vorsitzenden selbst »Säuberungsmaßnahmen« gerechtfertigt.

⁵ Michael Schumann: Arbeitsbewusstsein und Gesellschaftsbild revisited, in: WSI-Mitteilungen 7/2016.

VSA: Politisches Denken – das Paket



Alle fünf Bücher von **Frank Deppes Standardwerk** in neuer Ausstattung zusammen zum **Sonderpreis von € 125,00** anstelle € 170,00
ISBN 978-3-89965-726-5
Die Bände können auch einzeln bezogen werden (Band 1: € 32,80; Band 2: € 39,80; Band 3.1: € 29,80; Band 3.2: € 32,80; Band 4: € 34,80)

»Ein Grundlagentext« (Blätter für deutsche und internationale Politik); »Ein großer Wurf« (junge welt); »Hervorragender Beitrag zur Kapitalismusanalyse« (ak); »Ein marxistisches Handbuch« (nd)

www.vsa-verlag.de